

## Die Deutsche Einheit sozial vollenden.

Am 3. Oktober 2020 werden wir 30 Jahre Deutsche Einheit feiern. Eine 30-jährige Erfolgsgeschichte, so sieht das auch der Großteil<sup>1</sup> der Menschen in unserem Land. Eine Erfolgsgeschichte, die sich in einer sehr guten Infrastruktur, einer stark gesunkenen Arbeitslosenquote und einer guten Lebensqualität zeigt und den enormen Kraftanstrengungen in Ost und West zu verdanken ist.

Gleichwohl ist es wichtig auch die Defizite zu sehen. Viele Ostdeutsche haben nach wie vor das Gefühl geringgeschätzt zu werden. Laut einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen haben 72 Prozent der Ostdeutschen den Eindruck, dass ihre Lebensleistung nicht genug wertgeschätzt wird. Damit sind sie jedoch nicht alleine: Auch eine Mehrheit (51 Prozent) der Westdeutschen ist der Meinung, dass die ostdeutsche Lebensleistung nach der Wiedervereinigung zu wenig gewürdigt wurde. Festmachen kann man das einerseits an materiellen Dingen wie niedrigeren Löhnen, geringeren Alterseinkünften, in der Rentenüberleitung weggefallenen Renten/Sonderversorgungen, fehlenden DAX-Unternehmen und geringeren Vermögen. Aber auch immaterielle Fragen, wie niedrigere Repräsentanz in Führungspositionen und vermeintliche oder reale Zuschreibungen werden in diesem Zusammenhang angeführt. Die Frage der inneren Einheit ist komplex. Viele Westdeutsche schauen mit einem einerseits stolzen aber auch etwas neidvollen Gefühl auf die schön sanierten ostdeutschen Innenstädte. Manche haben den Eindruck, dass ihre Solidarität überbeansprucht wurde. Diese Gefühle stehen einer Vertiefung und Vollendung der Deutschen Einheit im Wege. Als Sozialdemokrat\*innen fühlen wir uns dem Erbe von Willy Brandt und seinem Ausruf „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ verpflichtet und wollen, dass unser Land auch emotional und sozial seine Einheit vollendet. Der effektivste Weg die beschriebenen Disharmonien zu beseitigen, ist die ihnen zu Grunde liegenden realen Probleme anzugehen, soziale Sicherheit und Respekt vor den unterschiedlichen Biografien zu leben und den lebendigen Austausch in unserem Land zu fördern. Das tun wir als SPD in Regierungsverantwortung.

- Wir verändern die Strukturförderprogramme und fördern nach realem Bedarf, nicht mehr nach Himmelsrichtung. Strukturschwache westdeutsche Gebiete erhalten Unterstützung, so wie strukturell schwache ostdeutsche Regionen auch.
- Wir gestalten Strukturwandel und lernen aus den Erfahrungen der Nachwendezeit im Osten und des Steinkohleausstiegs im Ruhrpott. Die Kohlekommission ist ein gelungenes Beispiel, wie widerstrebende Interessen in unserem Land in Einklang gebracht werden können. Mit dem Kohleausstiegsgesetz und dem Strukturstärkungsgesetz haben wir einen großen Schritt für die Regionen und den Klimaschutz getan. Auch die Arbeit-von-morgen-Gesetze setzen die Rahmenbedingungen für gelingenden Strukturwandel – im Sinne der Beschäftigten.
- Menschen, die zwar langjährig versichert sind, aber durch niedrige Löhne und gebrochene Erwerbsbiografien auf Niedrigrenten zulaufen, sichern wir über die Grundrente ab. Die SPD hat sich gegen den Widerstand der Union durchgesetzt und die Verabschiedung vor der Sommerpause erreicht. Von der Grundrente profitieren vor allem Frauen und Ostdeutsche. Letztere sind

---

<sup>1</sup> 68% der Westdeutschen und 59% der Ostdeutschen finden die Wiedervereinigung war „alles in allem gut“. Je jünger die Befragten, desto positiver ist deren Sicht auf die Deutsche Einheit. (Forschungsgruppe Wahlen 2019)

besonders häufig ausschließlich auf Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rente angewiesen. Die Grundrente stärkt zusätzlich das Vertrauen in die gesetzliche Rente, denn es wird wieder gelten: Wer jahrzehntelang eingezahlt hat, erhält mehr als Grundsicherung.

All diese Punkte haben wir umgesetzt oder sind gerade dabei.

Es bleiben aber offene Punkte, die wir uns vornehmen, um die Deutsche Einheit auch sozial zu vollenden:

- Eines der großen Ungerechtigkeitsgefühle vieler Ostdeutscher in Bezug auf die Wiedervereinigung bezieht sich darauf, dass in der Rentenüberleitung für manche (Berufs-) Gruppen, wie etwa Reichsbahner und in der DDR geschiedene Frauen, Härten entstanden sind. Wir wollen so bald wie möglich einen Fonds auflegen, aus dem Menschen, die in der Rentenüberleitung Härten erfahren haben und trotz eines langen Erwerbslebens niedrige Renten beziehen, eine einmalige Anerkennungszahlung erhalten. So haben wir es im Koalitionsvertrag vereinbart und das sind wir den Rentnerinnen und Rentnern auch schuldig. Wichtig dabei ist, dass der Fonds groß genug ausgestattet ist, um eine solche Anerkennung auch leisten zu können. Nur so können wir eine nachhaltige Befriedung dieses seit Langem schwelenden Konfliktes erreichen.
- Als Partei haben wir mit unserem Sozialstaatskonzept ein Zeichen gesetzt. Wir wollen einen Sozialstaat neuer Prägung, der den Menschen auf Augenhöhe begegnet und sie absichert. Ein Sozialstaat, der Lebensleistung respektiert und beispielsweise langjährig Versicherte besser in der Arbeitslosenversicherung absichert. Diesen wegweisenden Beschluss werden wir Stück für Stück umsetzen. Er kann viele Verletzungen heilen, die gerade auch in Ostdeutschland entstanden sind und neues Vertrauen herstellen.
- Auch das Lebensrisiko Alter wollen wir absichern. Dazu gehört für uns die weitere Stärkung der gesetzlichen Rente, auch durch die Grundrente. Auch junge Menschen müssen darauf vertrauen können, dass ihre Beiträge zu einer guten Rente für sie werden. Schritt für Schritt wollen wir alle erwerbstätigen Menschen in die gesetzliche Rente einbeziehen.
- Wir sind stolz, dass wir den gesetzlichen Mindestlohn in Ost und West gleich eingeführt zu haben. Von ihm profitieren insbesondere Ostdeutsche. Wir wollen ihn deutlich auf 12 Euro pro Stunde anheben.
- Gleiche Löhne in Ost und West wird es nur geben, wenn die Tarifbindung in Deutschland wieder steigt. Dafür werden wir mit aller Kraft kämpfen. Dafür setzen wir auf das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit. Das Vorgehen in der Pflegebranche kann dafür Vorbildwirkung entfalten. Zudem streben wir ein bundesweites Tariftreugesetz an.
- Die Förderung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik als Grundlage für soziale Sicherheit ist besonders für Ostdeutschland relevant.

Fragen der sozialen Gerechtigkeit, des Wandels der Arbeitswelt und des Abgehängtseins von Regionen stellen sich für ganz Deutschland. Die Probleme in Ostdeutschland haben jedoch häufig eine größere Dimension, treten früher auf und sind zudem mit Fragen der ostdeutschen Identität und Erfahrungen verbunden. Es ist jetzt – 30 Jahre nach der Wiedervereinigung – höchste Zeit, die Deutsche Einheit sozial zu vollenden und im gleichen Zug Deutschland insgesamt fairer, sicherer und gerechter zu machen.